

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 16

Buchbesprechung: Der Buchtip

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das hier umrissene Problem ist schwerwiegender, als man gemeinhin anzunehmen gewillt ist. Die Demokratie bisheriger Ausprägung scheint mir doch ganz wesentlich davon auszugehen, dass der Bürger fähig ist, sich sein *eigenes* Urteil auf Grund der sachlichen Unterlagen zu erarbeiten. Was aber, wenn er hoffnungslos überfordert wird, indem er die sachlichen Grundlagen der weltpolitischen Entwicklung — und dazu gehören die Nachrichten — nicht mehr zu überblicken vermag?

Die Massenmedien haben nach der «reinen Information» gerufen, nach der unkommentierten Vermittlung «blosser Nachrichten», und darin einen Ausweg zu erkennen vermeint.

Dieser Ausweg ist nicht tauglich. Keine Zeitung ist gross genug, alle relevanten Nachrichten enthalten zu können. Auch die «New York Times» (all the news that's fit to print) vermag dem stolzen Ausspruch nicht mehr zu genügen. Gesetz aber, sie veröffentlichte eine fünfmal umfangreichere Zeitung, wer könnte sie physisch noch bewältigen?

*

Ist die Lage hoffnungslos? Diese Frage zu bejahen, hiesse die Existenzfähigkeit der offenen Gesellschaft glatt verneinen. Nun will ich mindestens im Sinne einer Arbeitshypothese doch davon ausgehen, dass die offene Gesellschaft lebensfähig ist. Das wird sie allerdings auch dadurch beweisen müssen, dass sie das Problem der Informationsflut löst. Die offene Gesellschaft aber ist eine Summe von Individuen. Individuen sind es denn auch, die vor dem Problem stehen; die herausgefordert sind; die Lösungen erarbeiten müssen.

Mir persönlich will es scheinen, dass der Weg nur über den Fachmann, den Experten — man nenne ihn, wie man will — führen kann.

Da mag nun gleich die Angst vor der Expertokratie auftauchen, vor der durchaus nicht gewährleistetsten Unfehlbarkeit des Spezialisten. Und vor allem das berechtigte Bedenken, dass der Experte unkontrollierte Regierungsgewalt erhält, dass also seine Zuständigkeit mit der Zeit seiner Verantwortung davonläuft.

Das sind zweifelsohne echte Gefahren. Aber was ist ihre Alternative? Doch sicher die, dass

der überforderte Bürger seine Zuständigkeit entswinden sieht, während ihm die Verantwortung überbunden bleibt.

*

Indessen glaube ich, dass es Wege gibt, um gesunde Kompromisse zu schliessen.

Zunächst sollte man Gremien von Spezialisten und Kommissionen von Experten — im weitesten Sinn verstanden — immer in konkurrierender Doppelspurigkeit führen, um den Pluralismus zu erhalten. Sodann wird man solchen gewollten oder zufällig entstandenen Institutionen nie eine Entscheidungsbefugnis zubilligen dürfen. Ihre Aufgabe darf nur darin bestehen, die Unterlagen zu sichten, die Spreu vom Korn zu trennen und Vorschläge — wiederum im weitesten Sinn verstanden — auszuarbeiten.

Schliesslich das Wichtigste: Der Bürger, der den Arbeiten dieser Gruppen mit kritischem Sinn begegnen muss, soll sein gesundes Misstrauen nach Massgabe des Erfolges solcher Gruppenarbeit in Vertrauen wandeln. Der Bürger behält dadurch ein «Mitbestimmungsrecht», indem er sein Vertrauen der einen Gruppe eher zukommen lässt als der andern für ein Sachgebiet zuständigen Gruppe.

Die Ueberlegungen, die ich hier in allgemeiner Form dargelegt habe, möchte ich im besonderen auf die Informationsflut anwenden.

«Expertengruppen», so glaube ich, sind zur Bewältigung der Informationsflut ebenfalls nötig geworden. Als Expertengruppen sind auch Herausgeber und Redaktionen von Zeitungen anzusprechen, besonders wenn sie sich spezialisieren — und das ist heute wohl unumgänglich. Infolge der Pressefreiheit ist auf dem Gebiet der Information der Pluralismus — mit Ausnahme von Radio und Fernsehen — von Anfang an gewährleistet.

Widerum das Wichtigste: das, was ich als «Stimmabgabe durch Abonnieur» bezeichnen möchte. Sie müsste viel stärker als bis heute auf Grund des «record» erfolgen, der erbrachten Leistungen, also der Vertrauensbasis, die sich eine Informationsquelle mit der *Zuverlässigkeit ihrer Berichterstattung und mit der Richtigkeit ihrer Beurteilung* aufbauen können

muss. Das aber hängt letztlich vom Bürger ab, womit sich der Kreis schliesst. Der Aufruf muss an jene gerichtet werden, die die offene Gesellschaft tragen, und das ist die Mehrheit des Volkes.

*

Um nicht missverstanden zu werden, betone ich jetzt in aller Form: ich habe nicht das geringste gegen Boulevard-Zeitungen und Unterhaltungsblätter, die auch mir unselten Erholung bieten, und das nicht nur beim Coiffeur. Wenn aber das Volk solchen Informationsquellen andauernd und kaufkraftgestützt den Vorzug gibt und die «Meinungspresse» vernachlässigt, so wird das Volk die Presse haben, die es verdient, und geradewegs in die Manipulation marschieren. Dann ist etwas faul. Nicht im Staat, sondern am Volke selbst. Wenn die Mehrheit der Anstrengung dauernd ausweicht, ihr Vertrauen den Zeitungen auch nach Massgabe von deren informationspolitischer Vertrauenswürdigkeit zu spenden — und nicht nur nach Massgabe ihrer Tauglichkeit zur Lustbefriedigung — so dankt das Volk ab und opfert die offene Gesellschaft.

Mit andern Worten: Aufgabe einer Zeitung kann es sinnvollerweise nicht sein, «reine Information» zu vermitteln, sondern eine aus der Nachrichtenflut ausgewählte, gewissermassen «verdaute» Information. Aufgabe des Bürgers kann es nicht mehr sein, die Zuständigkeit einer Redaktion aus einem Vergleich zwischen «verdauter» und «reiner» Information zu ermassen. Vielmehr muss der Leser die «verdaute» Information mit dem Ablauf der Ereignisse in der Zeit vergleichen. Und wenn es sich erweist, dass der wirtschaftliche Teil einer Zeitung oder der aussenpolitische einer andern vertrauenswürdiger ist, darf der entsprechenden Zeitung solches Vertrauen nicht vorenthalten werden.

Denn das Volk stimmt nicht nur an den Urnen. Unter anderem stimmt es auch mit der Abonnieurung dieser oder jener Zeitung.

Die Teilnahme an einer wie auch immer gearbeteten Abstimmung ist Mitgestaltung, ist die Möglichkeit des Einzelnen, «etwas zu tun». So bescheiden diese Möglichkeit auch ist, bleibt sie vorläufig gewahrt. Vornehmlich in der offenen Gesellschaft. P. A. E. Gerster

Der Buchtip

«Die deutsche Ostpolitik 1961—1970. Kontinuität und Wandel». Boris Meissner (Herausg.). Köln, Verlag Wissenschaft und Politik, 1970, 448 Seiten. Fr. 46.70.

Diese Dokumentation umfasst die offiziellen Äusserungen zur deutschen Ostpolitik, die in den Erklärungen der jeweiligen Bundesregierung und der demokratischen Parteien sowie in den Reden, Artikeln und Interviews der verantwortlichen Staatsmänner und führenden Politiker der Bundesrepublik Deutschland enthalten sind. Bekanntlich lassen sich in der Entwicklung der westdeutschen Ostpolitik zwei Phasen unterscheiden. Die erste Phase umfasst die Zeit von 1954 bis 1960. Sie begann mit der Berliner Aussenministerkonferenz Januar/Februar 1954 und bezog sich ausschliesslich auf die Beziehungen zwi-

schen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Höhepunkt war die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion im September 1955 sowie die Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen auf vertraglicher Grundlage zur Zeit der Adenauer-Regierungen. Die zweite Phase, 1961—1970, die zum Inhalt dieses Dokumentationsbandes gehört, ist durch die Bemühungen der Bundesrepublik gekennzeichnet, die Beziehungen zu allen Oststaaten zu entwickeln und auszubauen. Den Anfang dieser zweiten Phase bildet ein Entschliessungsantrag des Auswärtigen Ausschusses, der am 14. Juni 1961 von allen Fraktionen des westdeutschen Bundestages gutgeheissen wurde.

Der Herausgeber dieses Bandes, Prof. Meissner, unterscheidet in dieser zweiten Phase der westdeutschen Ostpolitik drei Abschnitte: der Uebergang zu einer flexiblen Ostpolitik (1961—1966), die «neue Ostpolitik» der Regierung der «Grossen Koalition» (1966—1969) und die Modifizierung dieser Politik durch die SPD-FDP-Re-

gierung. Die zu jedem Abschnitt der deutschen Ostpolitik in der Zeit 1961—1970 angeführten offiziellen Dokumente lassen klar erkennen, dass die Fortschritte in der Entspannungspolitik gegenüber dem kommunistischen Osten immer wieder durch Rückschläge unterbrochen wurden, die hauptsächlich durch die Kursänderungen der Sowjetpolitik entstanden sind. Zu diesen Rückschlägen gehören die Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961, der Sturz Chruschtschew im Oktober 1964 und die Warschauer-Pakt-Länder-Intervention in der Tschechoslowakei am 21. August 1968.

Dieses Buch soll nach Ansicht des Herausgebers dazu dienen, «das Verständnis für die Notwendigkeit einer aktiven deutschen Ostpolitik zu fördern und zugleich Geschichtsklitterungen vorzubeugen» (S. 6). Dieser Dokumentationsband ist für eine wissenschaftliche Untersuchung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Staaten unentbehrlich. ku,